

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Herr Lienhard	<i>Kleiner Sachverhalt: A plant in B die Eröffnung eines Imbissstandes. Sie möchte Hotdogs verkaufen. Dabei bietet sie weder Steh- noch Sitzplätze und keine Stehtische an. A fragt sich, wie lange sie den Imbissstand geöffnet lassen darf. Welche Rechtsgebiete sind betroffen?</i>	Das HGG und das GGG.
		<i>Welches Gesetz ist auf den Takeaway-Stand anwendbar?</i>	Da kein Konsum vor Ort geplant ist, ist das GGG nicht anwendbar. Gemäss Art. 1 Abs. 2 HGG findet das HGG Anwendung.
		<i>Was heisst das betreffend Öffnungszeiten?</i>	Art. 2 Abs. 1 HGG sieht grundsätzlich keine Einschränkungen vor. Diese finden sich aber in Art. 9 HGG. Art. 9 Abs. 3 HGG – es wird auf das GGG verwiesen.
		<i>Ist der Takeaway-Stand ein Imbissstand?</i>	Das müsste man subsumieren.
		<i>Was tun Sie, wenn Sie nicht sicher sind, ob der Takeaway-Stand darunter fällt?</i>	Ich konsultiere die Materialien.
		<i>Welche Gesetzesmaterialien gibt es im Kanton Bern?</i>	Es gibt das Ratsprotokoll. Wo ich das einsehen kann, ist im Publikationsgesetz geregelt.
		<i>Welche Materialien kennen Sie noch?</i>	Es gibt noch die Gesetzesentwürfe.
		<i>Wie wird die Vorlage im Grossen Rat behandelt?</i>	Eine Kommission berät den Entwurf vor.
		<i>Welche Materialie ist ganz wichtig? Wer bereitet die Gesetze für die Behandlung im Grossen Rat vor?</i>	Der Regierungsrat bereitet sie vor.
		<i>Wie heisst die Botschaft im Kanton Bern?</i>	Das ist der Vortrag.
		<i>Der Vortrag sagt, der Takeaway-Stand sei ein Imbissstand. Was bedeutet das?</i>	Das bedeutet, dass die Öffnungszeiten des GGG gelten. Art. 11 ff. GGG - Öffnungszeiten zwischen 05:00 und 0:30 Uhr sind ohne weitere Bewilligung möglich.
		<i>A hält die Öffnungszeiten nicht ein. Wer kontrolliert das?</i>	Ich muss dazu das HGG konsultieren, das GGG gilt ja nur betreffend Öffnungszeiten Art. 14 HGG – die Gemeinde kontrolliert die Einhaltung der Öffnungszeiten.
		<i>Was kann die Gemeinde bei einer Missachtung tun?</i>	Art. 14 HGG – eine Schliessung bis zu 3 Monaten ist möglich. Art. 14 Abs. 3 HGG spricht von der zuständigen Stelle. Wer ist das aber? Art. 15 Abs. 2 HGV – der Regierungstatthalter (RSA) ist für die Schliessung zuständig.
		<i>Was braucht das RSA für die Schliessung?</i>	Eine gesetzliche Grundlage, Art. 25 HGG.

		<p><i>Das RSA schliesst den Betrieb. Wer ist die erste Rechtsmittelinstanz?</i></p> <p><i>Was sagt Art. 17 HGV zum Rechtsschutz?</i></p> <p><i>Die Verordnung ändert also den normalen Rechtsmittelweg, geht das?</i></p> <p><i>Was versteht man in Bern unter der Terminologie der Gesetzgebung?</i></p> <p><i>Kann aber eine Verordnung eine andere Zuständigkeit vorsehen?</i></p> <p><i>Genügt Art. 25 HGG?</i></p>	<p>Art. 27 HGG verweist auf die Bestimmungen des VRPG. Deshalb geht es vom RSA normal an das Verwaltungsgericht.</p> <p>Für Beschwerden des RSA ist die VOL zuständig.</p> <p>Das VRPG erwähnt den Vorbehalt der Direktionszuständigkeit. Art. 62 Abs. 1 lit. b VRPG – die Direktion ist zuständig, soweit es die Gesetzgebung vorsieht. Es stellt sich die Frage, ob eine Verordnung unter den Begriff „Gesetzgebung“ fällt.</p> <p>Ein Gesetz im weiteren Sinn, in Bern fallen unter den Begriff alle Erlasse.</p> <p>Es braucht eine klare gesetzliche Grundlage für die Delegation.</p> <p>Art. 25 HGG sagt, der Regierungsrat erlasse die zum Vollzug notwendigen Ausführungsbestimmungen. Für mich ist dieser Artikel zu weit gefasst und sollte nicht genügen.</p>
--	--	---	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Herr J. Bähler	<i>Die Polizei hat um 01:45 Uhr drei Osteuropäer bei einem Diebstahl erwischt und vorläufig festgenommen. Die Polizei hat im Auto der drei Festgenommenen Deliktsgut gefunden, so dass davon ausgegangen werden kann, dass sie für mehrere Diebstähle verantwortlich sind. Die ersten Einvernahmen waren nicht ergiebig, die drei schweigen. Was soll die Polizei tun?</i>	Sie sollte die Staatsanwaltschaft informieren.
		<i>Warum?</i>	Die Staatsanwaltschaft ist gegenüber der Polizei weisungsbefugt. Da die drei festgenommen wurden, laufen Fristen. Falls U-Haft nötig wird, muss vor dem ZMG ein Antrag gestellt werden.
		<i>Was braucht es konkret für die Anordnung von U-Haft?</i>	Es handelt sich um eine Zwangsmassnahme. Es ist immer ein dringender Tatverdacht nötig. Weiter muss alternativ Flucht-, Kollisions-, Wiederholungs- oder Ausführungsgefahr vorliegen.
		<i>Sie sind Rechtsanwalt und auf der Pikettliste. Sie werden von der Staatsanwaltschaft kontaktiert, Sie sind der amtliche Verteidiger eines der Beschuldigten. Was sind die Schritte bis zum ZMG?</i>	Art. 224 ff. StPO – der Beschuldigte wird im Beisein eines Anwaltes einvernommen, dann beantragt die Staatsanwaltschaft innert 48 Stunden seit Festnahme die U-Haft beim ZMG. Allenfalls gibt es eine mündliche Verhandlung, ansonsten entscheidet das ZMG schriftlich.
		<i>Die Staatsanwaltschaft hat den Beschuldigten ohne Ihr Beisein einvernommen, da Sie erst danach kontaktiert wurden. Ist die Einvernahme gültig und falls ja, in welchen Fällen?</i>	Der Beschuldigte musste belehrt werden. Falls es sich um einen Fall notwendiger Verteidigung handelt, besteht ein Problem.
		<i>Was ist die Lösung?</i>	Die Einvernahme kann wiederholt werden.
		<i>Art. 131 StPO – Die Einvernahme ist nur gültig, wenn der Beschuldigte auf eine Wiederholung verzichtet. Der Beschuldigte verzichtet nicht, was ist die Folge?</i>	Die Einvernahme darf nicht verwertet werden, sie wird aus den Akten genommen und nach Abschluss des Verfahrens vernichtet.
		<i>Gibt es eine Frist zur Geltendmachung der Nichtverwertbarkeit?</i>	Im Gesetz selbst nicht, aber der Grundsatz von Treu und Glauben muss berücksichtigt werden.
		<i>Das ZMG hat zur mündlichen Verhandlung vorgeladen. Warum zur mündlichen?</i>	Der Beschuldigte hat dies so verlangt.
		<i>Der Rechtsanwalt will sich auf die Verhandlung vorbereiten. Hat er ein Akteneinsichtsrecht betreffend die Verhandlung vor dem ZMG?</i>	Ja, die Staatsanwaltschaft muss diejenigen Akten offenlegen, auf welche sie ihren Antrag stützen will.

*Art. 101 Abs. 1 StPO betrifft Ihr Einsichtsrecht. Die Staatsanwaltschaft verweigert Ihnen die Einsichtnahme. Was tun Sie?*

*Es hat sich ein Privatkläger am Verfahren beteiligt. Er möchte ebenfalls die U-Haft des Beschuldigten. Zudem hat er ein paar persönliche Fragen an den Beschuldigten selbst. Wann kann er den Beschuldigten frühestens befragen?*

*Das ZMG setzt alle drei Beschuldigten in U-Haft. Die Staatsanwaltschaft kommt mit den Ermittlungen nicht vorwärts, da alle Beschuldigten schweigen. Können Sie an den Einvernahmen der anderen Beschuldigten teilnehmen? Können Sie sich auf Art. 147 Abs. 1 StPO berufen?*

*Gilt das Teilnahmerecht auch bei polizeilichen Einvernahmen?*

*Wie kann die Staatsanwaltschaft Art. 147 StPO aushebeln und Ihre Teilnahme an den Einvernahmen der anderen Beschuldigten verhindern?*

*Ihr Klient ist seit 6 Monaten in U-Haft. Es wird eine Freiheitsstrafe von 20-24 Monaten erwartet, allerdings bedingt. Was tun Sie?*

*Spielt es bei der Verhältnismässigkeitsprüfung eine Rolle, dass bedingte Freiheitsstrafen erwartet werden?*

Ich reiche bei der Beschwerdekammer des Obergerichts eine Beschwerde ein (Art. 393 ff. StPO).

Art. 107 und 147 StPO – die Verhandlung vor dem ZMG ist nicht parteiöffentlich, der Privatkläger kann an der Verhandlung vor dem ZMG nicht teilnehmen, er kann nur Einsicht in die Akten nehmen.

Ja, aber nicht absolut.

Es muss differenziert werden, ob die Einvernahme von der Staatsanwaltschaft delegiert wurde oder nicht. Falls ja, ist eine Teilnahme möglich, ansonsten nicht.

Sie kann die Verfahren getrennt führen, so dass ich nicht mehr Partei der anderen Verfahren wäre.

Ich stelle ein Haftentlassungsgesuch, das ist jederzeit möglich, Art. 228 StPO.

Das Bundesgericht hat entschieden, dass es keine Rolle spielt, ob ein bedingter oder unbedingter Entscheid erwartet wird.

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
<b>ZPO/SchKG</b>	Herr Gün- gerich	<p><i>[Es wird ein kurzer Sachverhalt abgegeben.]</i></p> <p><i>Der Schuldner hat also Rechtsvorschlag erhoben. Was nun?</i></p> <p><i>Welches Gericht ist zuständig?</i></p> <p><i>Was prüft das Gericht bei seinem Entscheid?</i></p> <p><i>Wo steht das?</i></p> <p><i>Muss der Rechtsvorschlag immer bewilligt werden?</i></p> <p><i>Etwas stört mich an diesem sehr kurzen Sachverhalt. Was?</i></p> <p><i>Was hätte er sonst tun sollen? Das ist nicht der Fehler. Sondern wo? Was ist Art. 265a SchKG für ein Fall? Wann betreibt der Gläubiger mit einem Verlustschein neu? Wie muss er zu Verlust gekommen sein?</i></p> <p><i>Wie ist dort das Verhältnis neues Vermögen – Pfändungsverlustschein?</i></p> <p><i>Was erhält der Gläubiger dann?</i></p> <p><i>Was passiert, wenn der Schuldner diese Begründung auf den Rechtsvorschlag schreibt?</i></p> <p><i>Wie ist der Rechtsmittelweg beim Konkurs? Der Rechtsvorschlag wurde nicht bewilligt, was nun?</i></p> <p><i>Es gibt also eine Klagemöglichkeit. Gibt es auch eine Rechtsmittelmöglichkeit?</i></p> <p><i>Gemäss Art. 265a Abs. 4 SchKG ist das neue Vermögen zu bestreiten. Wie tun Sie dies?</i></p>	<p>Es geht um die Frage des neuen Vermögens, der Schuldner hat korrekt Rechtsvorschlag erhoben (mit Einrede fehlenden neuen Vermögens). Mir stellt sich zudem die Frage der Frist, denn während 6 Monaten ist keine neue Betreuung möglich.</p> <p>Art. 265 ff. SchKG – Gemäss Art. 265a SchKG kommt der Rechtsvorschlag vor den Richter.</p> <p>Das Summarverfahren ist anwendbar, Art. 251 lit. b ZPO. Zuständig ist das Regionalgericht am Betreibungsort.</p> <p>Es prüft summarisch, ob ein gültiger Verlustschein vorliegt und ob die Schuld nicht bereits anders getilgt wurde.</p> <p>Ah nein, das Gericht prüft, ob der Schuldner glaubhaft machen konnte, dass er kein neues Vermögen hat. Falls ja, bewilligt das Gericht den Rechtsvorschlag.</p> <p>Nein, nur in diesem speziellen Fall.</p> <p>Der Gläubiger hat eine ganz neue Betreuung eingeleitet.</p> <p>Die Forderungen des Gläubigers müssen teilweise ungedeckt geblieben sein. Jetzt sehe ich, dass Art. 265a SchKG beim Konkurs anwendbar ist, hier sind wir aber im Pfändungsverfahren. Das ist mein Fehler.</p> <p>Der Rechtsvorschlag wird nicht bewilligt, es gibt ganz normal das Rechtsöffnungsverfahren.</p> <p>Einen Verlustschein.</p> <p>Ich wäre vorsichtig mit solchen Begründungen, allenfalls könnte dies als Schuldanerkennung gewertet werden.</p> <p>Das Verfahren ist in Art. 265a Abs. 3 SchKG aufgezeichnet. (Vorlesen)</p> <p>Nein, gemäss Art. 265a Abs. 1 SchKG ist der Entscheid definitiv.</p> <p>Der Schuldner klagt beim Regionalgericht mit der Begründung, dass er zu keinem neuen Vermögen gekommen sei (negative Feststellungsklage).</p>

*Müssen Sie vorgängig einen Schlichtungsversuch durchlaufen?*

*Also was machen Sie genau?*

*Annahme: Der Gläubiger ist eine juristische Person. Kann das Handelsgericht zuständig sein?*

*Sie haben einen Entscheid des Regionalgerichts. Welches Rechtsmittel haben Sie?*

*Der Verlustschein gilt für eine Summe von CHF 20'000.00. Was ist bei der Klage von Art. 265a SchKG der Streitwert?*

*Der Streitwert liegt also über CHF 10'000.00, welches Rechtsmittel ergreifen Sie?*

*Wie kann ein Obergerichtsentscheid weitergezogen werden?*

*Falls der Streitwert gegeben ist, welche Rechtsmittelmöglichkeiten haben Sie dann?*

*Nehmen wir eine andere Variante. Es liegt ein Konkursverlustschein vor, der Schuldner hat Rechtsvorschlag erhoben, nun ist die Angelegenheit beim Gericht hängig. Der Schuldner sagt, er habe kein neues Vermögen und erklärt sich für insolvent. Warum?*

*Was machen Sie mit der Insolvenzerklärung?*

*Aber was ist, wenn der Schuldner wirklich insolvent ist?*

*Kommt Ihnen sonst noch etwas in den Sinn, was gegen die Insolvenzerklärung sprechen würde?*

Nein, Art. 198 lit. e Ziff. 7 ZPO.

Ich klage gegen den Gläubiger innert 20 Tagen beim Regionalgericht.

Bei SchKG-Sachen ist es immer schwierig. Hier handelt es sich um eine betreibungsrechtliche Streitigkeit, das Handelsgericht kann nicht zuständig sein.

Die ordentlichen Rechtsmittel sind die Berufung und die Beschwerde. Für die Berufung braucht es einen Streitwert von mind. CHF 10'000.00, einen Endentscheid haben wir hier, allenfalls greift eine Ausnahme.

CHF 20'000.00.

Die Berufung, da kein Ausnahmegrund vorliegt.

Die Beschwerde in Zivilsachen ist nicht möglich, da der Streitwert nur CHF 20'000.00 beträgt.

Art. 72 Abs. 2 BGG, die Beschwerde in Zivilsachen ist auch bei SchKG-Sachen zulässig.

Die Insolvenzerklärung dient dazu, sich wirtschaftlich erholen zu können.

Ich prüfe Rechtsmissbrauch, da bereits ein Konkursverlustschein vorliegt.

Dann bekommt der Gläubiger einen neuen Verlustschein.

Es gibt bereits ein hängiges Verfahren, er hätte die Erklärung früher tätigen müssen.

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Herr Häberli	<i>Was verstehen Sie unter der Eigenmietwertbesteuerung?</i>	Wer Wohneigentum besitzt, muss einen Betrag, welcher der Miete entsprechen würde, als Einkommen versteuern.
		<i>Wie wird das Steuerobjekt umschrieben?</i>	Es ist die Ersparnis der Mietwertausgabe.
		<i>Positiv formuliert, was wird versteuert?</i>	Negativ, dass ein Abfluss erfolgt und positiv die Eigennutzung.
		<i>Falls ich Ihnen nicht glauben würde, dass es die Eigenmietwertbesteuerung gibt, wie überzeugen Sie mich?</i>	Ich schaue ins Gesetz, in Art. 25 Abs. 1 lit. b StG findet sich eine ausdrückliche Regelung.
		<i>Wenn Sie keine ausdrückliche Regelung hätten, wäre der Eigenmietwert dann steuerfrei?</i>	Es stellt sich die Frage, ob die Generalklausel von Art. 19 Abs. 1 und 2 StG genügen würde.
		<i>Kennen Sie andere Fälle von Naturalbezug?</i>	Z.B. Lebensmittel.
		<i>Sind mit der steuerlichen Erfassung des Eigenmietwerts Abzüge erfasst?</i>	Renovationen sind abzugsfähig, allerdings muss zwischen werterhaltenden und wertvermehrenden Renovationen differenziert werden. Schulden (Hypothek) kann man ebenfalls abziehen.
		<i>Ziehen Sie bei der Einkommensteuer Unterhalt und Schulden ab?</i>	Nicht die Schulden selbst, sondern die Zinsen sind abzugsfähig.
		<i>In der Politik gibt es die Diskussion, ob die Eigenmietwertbesteuerung abgeschafft werden soll. Wie müsste eine korrekte Umsetzung der Abschaffung vorgenommen werden?</i>	Dann dürften die Abzüge auch nicht mehr zugelassen werden.
		<i>Welche Wohneigentümer fahren mit der jetzigen Situation besser und welche wären mit dem neuen System (keine Eigenmietwertbesteuerung mehr) besser gestellt?</i>	Wer eine grössere Hypothek hat, kann mehr Schuldzinsen abziehen. Wer eine grosse Hypothek hat, ist mit dem jetzigen System besser gestellt. Wer die Hypothek bereits abbezahlt hat, würde das neue System begrüssen.
		<i>Was können Sie betreffend die Einnahmen der Besteuernten und zu den steuerbaren Eigenmietwerten sagen?</i>	Die Werte sind eher zu tief angesetzt. Die Höhe des zu steuernden Betrages wird regional festgesetzt. Grosse Wohnungen in Stadtgebieten sind teuer.
		<i>Was können Sie zum Alter sagen?</i>	Der Zustand der Wohnung spielt auch eine Rolle.
		<i>Lassen wir das mit dem Alter. Wären Mieter vom Systemwechsel auch betroffen?</i>	Direkt nicht, da sie ja eine Miete bezahlen.
		<i>Wieso wird der Eigenmietwert besteuert?</i>	Um eine Gleichstellung von Mietern und Wohneigentümern zu erreichen.

*Frau X möchte beraten werden. Sie will ein Einfamilienhaus für CHF 400'000.00 erwerben, die Renovationen würden sich allerdings auf CHF 300'000.00 belaufen. Was besprechen Sie mit ihr aus steuerlicher Optik?*

*Was wäre die Voraussetzung für einen Abzug?*

Es fällt auf, dass die Renovationskosten im Verhältnis zum Kaufpreis sehr hoch sind. Da kommt mir die Dumont-Praxis in den Sinn, welche Steuererleichterungen bei hohen Investitionen behandelt.

Er wäre bei einer späteren Veräusserung möglich.